



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER MONATSRÜCKBLICK

(KW05/23-09/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Februar 2023 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN



03. Februar 23

Grüne Heuchler: Verzichten sollen nur die anderen!

Die Öffentlichkeit diskutiert gerade über den Flug zweier „Klima-Kleber“ nach Bali, die es vorzogen, zu urlauben anstatt zu ihrem Gerichtstermin zu erscheinen. Nach einem BILD-Bericht haben die beiden im September 2022 an einer Protestaktion auf der Bundesstraße 10 in der Nähe von Stuttgart teilgenommen, wo unter anderem auf Transparenten: „Öl sparen statt bohren“ zu lesen war.

Dieser Fall reiht sich nahtlos in die Serie „gelebte grüne Doppelmoral ein“, für die ein Teil der Bevölkerung unverständlicherweise vollkommen blind zu sein scheint. Besonders frech mutet die Verteidigung der „Letzten Generation“ an:

„Sie haben den Flug als Privatleute gebucht, nicht als Klimaschützer. Das muss man auseinanderhalten können“

Der erhobene Zeigefinger zur Einhaltung grüner Forderungen richtet sich also nur gegen andere.

Die Unterstützer und Vorbilder sitzen auch im Bundestag:

Nicht umsonst führten die Grünen bei der Erhebung der Abgeordneten-Flugzahlen in der Vergangenheit bereits auch schon diese Liste an.

Bleibt zu hoffen, dass wenigstens das Schwänzen des Gerichtstermins und die vorangegangenen Straftaten nicht folgenlos bleiben: Mit Kuscheljustiz und Verharmlosung der „Klima-Terroristen“ muss endlich Schluss sein!



MOXA: ERSTER AfD-BÜRGERMEISTER GEWÄHLT!

Herzlichen
Glückwunsch
an Johannes
Linke!



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

AfD



30. Januar 23

Moxa wird blau!

Erster AfD-Bürgermeister in Moxa gewählt:
Herzlichen Glückwunsch an Johannes Linke zur gewonnenen Bürgermeisterwahl in Moxa!

UNTERWEGS IM WAHLKREIS



04. Februar 23

Ich spende meine Diätenerhöhung!

Meine Spende kommt diesmal einem Feuerwehrverein zugute.

Feuerwehren retten und schützen!

Bei meinem Besuch des Feuerwehrvereins Königshofen e.V. im Saale-Holzland-Kreis konnte ich mich vom großen Engagement der freiwilligen Feuerwehrleute überzeugen.

Gleichzeitig erfuhr ich viel über Sorgen und Anliegen der Feuerwehren.

Dieses Ehrenamt unterstütze ich gerne.

Auch zukünftig darf mich jeder gemeinnützige Verein oder Organisation mit einem guten Projekt gerne anschreiben.

Ich stelle dafür meine Diätenerhöhung von 300€ pro Monat zur Verfügung.

Melden Sie sich unter der folgenden E-Mail-Adresse:

michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Ihr Michael Kaufmann



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

Kaufmann in Erfurt - Demo gegen deutsche Waffenlieferungen



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



04. Februar 23

Erfurt: Demonstration für den Frieden

Eindrücke der Friedensdemo vom Mittwoch am Landtag Thüringen.

Deutschland muss Friedensmacht sein!

Über 1.000 Menschen folgten am Mittwoch dem Aufruf und demonstrierten gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und für den Frieden in Europa.

Wir dürfen den grünen Kriegstreibern keine Chance mehr lassen, ihre destruktive und gefährliche Außenpolitik fortzuführen!

Wir sind NICHT im Krieg mit Russland!

Das deutsche Volk will KEINE Kriegspartei sein!

Wir wollen Friedensmacht sein!

Das ganze Video können Sie sich unter folgendem Link ansehen:

<https://www.facebook.com/watch/?v=856860718756547>

Ihr Michael Kaufmann



03. Februar 23

Zu Besuch: Christine Anderson, MdEP

Am Freitag luden wir zum Bürgerdialog im Bilkesaal in Pößneck ein. Zu Gast war Christine Anderson, MdEP.





3 Jahre AfD-Bürgerbüro in Saalfeld:

Seit dem Januar 2020 steht das AfD-Büro in der Brudergasse 6 in Saalfeld den Bürgern im Kreis als Anlaufstelle für politische Anliegen zur Verfügung. In dieser Zeit gab rund ein Dutzend Angriffe von Feinden der Demokratie - wie die derzeit noch zersplitterte Scheibe der Eingangstür zeigt. Diese Angriffe haben mein Team und mich nicht eingeschüchtert, sondern unsere Entschlossenheit gestärkt. Wir kämpfen weiter für Demokratie, Bürgerrechte und Meinungsfreiheit und gegen links-grüne Bevormundung. Gestern, zur Jubiläumsfeier war das Büro wieder einmal randvoll. Vielen Dank an alle Gratulanten. Wir nehmen den Zuspruch als Ansporn für unsere weitere Arbeit.





Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 06/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 06/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN



06. Februar 23

10 Jahre AfD: Die Erfolgspartei

Heute vor zehn Jahren begann eine bis dahin beispiellose Parteigeschichte: Nur vier Jahre nach ihrer Gründung war die AfD in allen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten - die bis dahin erfolgreichste Parteinuugründung in der Bundesrepublik. Als ich im Jahr 2013 den Thüringer Landesverband mitgründete, hätte ich mir noch nicht vorstellen können, dass ich gerade einmal acht Jahre später meinen Wahlkreis als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag vertreten würde. Getrieben von Sorge um die Zukunft unserer Kinder und beflügelt von dem Verantwortungsgefühl für unser Land wechselten wir aus unseren bürgerlichen Beru-

fen in die Politik. Als Neulinge mussten wir in der rasanten Aufbauzeit der Partei viel lernen.

Wir wurden professioneller und heute ist die AfD in Thüringen als maßgebliche politische Kraft nicht mehr wegzudenken. Bereits bei der letzten Bundestagswahl war die Partei stärkste Kraft in Thüringen und wir haben die meisten Direktmandate von allen Parteien gewonnen.

Dieser Trend hat sich seither in allen Umfragen verstetigt. Im nächsten Jahr stehen hier wieder Landtagswahlen an und alles sieht danach aus, dass die Partei dann ein neues Kapitel in ihrer noch jungen Geschichte schreiben wird: Wenn die AfD erstmals in einem Bundesland das beste Ergebnis erzielt, lassen sich die politischen Ausgrenzungsspielchen der anderen Parteien nicht mehr lange aufrecht erhalten und nach langer Zeit werden endlich die Interessen der Bürger die Politik bestimmen.

In diesem Sinne:

Herzlichen Glückwunsch,
Alternative für Deutschland!



PRESSEMITTEILUNG



09. Februar 23

Bundesbericht Forschung ignoriert wichtige Industriezweige

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags hat den Bundesbericht Forschung und Innovation 2022 besprochen. Der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Kaufmann, teilt dazu mit: „Der Bundesbericht Forschung und Innovation ist traditionell sowohl Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre als auch Ausblick auf die Zukunft.

Da ist es mehr als irritierend, dass die beiden industriellen Säulen der deutschen Wirtschaft und unseres Wohlstands, Auto-

mobilindustrie und Maschinenbau, darin praktisch keine Erwähnung finden. Es hat den Anschein als habe die Bundesregierung sich von den beiden wichtigsten Industriezweigen Deutschlands mit Millionen Beschäftigten innerlich bereits verabschiedet. Stattdessen will man zukünftig verstärkt auf ‚soziale Innovationen‘ setzen. Die Antwort darauf, wie diese letztlich zu Wertschöpfung und Wohlstand beitragen sollen, bleibt der Bericht indes schuldig.

Die AfD-Bundestagsfraktion wendet sich entschieden gegen die immer deutlicher werdende Tendenz zur Deindustrialisierung Deutschlands und wird alles in ihrer Macht stehende dafür tun, dass Wissenschaft und Forschung auch zukünftig zur Mehrung unseres Wohlstands und zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen.“

WAHLKREIS



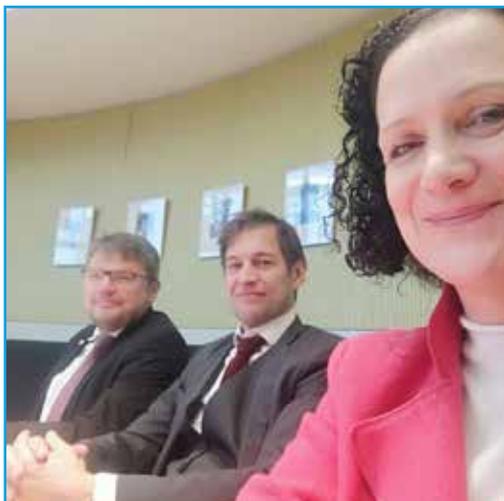
06. Februar 23

Demo in Triptis

Heute war ich als Gastredner beim großen Protestumzug in Triptis dabei.

Vielen Dank für die Einladung!





08. Februar 23

Expertenanhörung zu den Auswirkungen der explodierenden Energiepreise auf Hochschulen und Forschung

37. Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Zur Zeit findet live die öffentliche Anhörung statt zum Thema „Hochschulen in Härtefallregelung aufnehmen- Schutzschirm für wissenschaftlichen Nachwuchs spannen“ BT Drucksache 20/4874.



10. Februar 23

Nach einem langen Donnerstag im Plenarsaal

Am Schluss eines langen Donnerstags im Plenarsaal des Bundestages. Trotz der zügellosen Hetze der Altfraktionen gegen uns wegen unserer Friedensinitiative ist uns das Lachen nicht vergangen.



07. Februar 23

Im Bundestag gibt es wieder ein Bismarck-Zimmer

Die Sachsen haben heute ihren Raum dem ersten deutschen Kanzler gewidmet. Karsten Hilse hat sich verdienstvoll dafür eingesetzt. Dr. Götz Frömming hielt die Festrede.





08. Februar 23

Kaufmann fragt nach: Ungeziefer im Essen?

Meine Nachfrage an das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu den Insektenplänen der EU.

Jetzt wissen Sie es: Alles wunderbar, wir brauchen uns über Insekten im Essen überhaupt keine Sorgen zu machen. Unsere glorreiche Regierung hat alles im Griff - wie ja in allen anderen Bereichen auch.

[Ironie Aus]

Das Video können Sie sich unter folgendem

Link ansehen: <https://www.facebook.com/watch/?v=1573307156423901>

Ich weiß nicht wie es Ihnen geht, aber ich würde gerne deutlich darauf hingewiesen werden, wenn mir in meiner Nahrung Ungeziefer untergeschoben werden soll.

Auch wenn in anderen Teilen der Welt diese Sachen auf dem Speiseplan stehen, in unserem Kulturkreis haben wir nicht einmal in den Hungerjahren nach den Weltkriegen auf Ungeziefer zurückgegriffen.

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung des Bundeskanzlers

- Der Mittwoch begann mit einer Regierungserklärung von Kanzler Olaf Scholz zur Tagung des Europäischen Rates am Freitag und Samstag in Brüssel. Großes Thema: Erdbebenhilfe für Syrien und Türkei, überschattet von der Fortsetzung des unsäglichen Tötens in der Ukraine. Dazu sprach er etwas „orakelhaft“ von Bündnistreue, Entscheidungen über Kampfpanzer, die er zusammen mit Joe Biden getroffen habe. Im Blick auf den EU-Gipfel wolle er die Ukraine unbedingt in die EU-Gemeinschaft holen. Erneut auf der Agenda stehen verschärfte Sanktionen gegen Russland.
- Alice Weidel, AfD nutzte die anschließende Aussprache dazu, das Versagen der BuReg auf ganzer Linie aufzuzeigen: Angefangen bei den Patzern der Außenministerin, über die Karriereambitionen der Teilzeitministerin Fäßer, den offenkundigen Äußerungen Joe Bidens vor dem staatsterroristischen Akt der Zerstörung der Pipelines, bis hin zu 100.000 möglichen Windrädern, die nichts liefern, wenn kein Wind weht. Die Bundeswehr solle ihre modernen und kampffähigen Panzer abgeben, das sog. Sondervermögen Bundeswehr würde an die Ukraine verschleudert, und das für einen Krieg, der nicht unserer ist. Anstatt mit gutem Beispiel voranzugehen und das Töten durch Aufruf zu Friedensverhandlungen zu beenden. Ihr Schlusssatz: „Vertreten Sie also die Interessen der Bundesrepublik Deutschland!“ <https://dbtg.tv/cvid/7550666>
- Nach Änderung der GO des Bundestages im Dezember, läuft die Befragung der Regierung nun wie folgt ab: Statt einem Mitglied der BuReg sind es nun zwei Mitglieder, und die Befragung dauert 90 Minuten, wobei die beiden Vortragenden zu Beginn insgesamt 8 Minuten durch eigene Rede einführen dürfen. Es schließen sich zwei Fraktionsfragerunden an, während derer sich die Fragesteller eng am Geschäftsbereich und dem Vortrag orientieren sollen. Danach folgt nochmals eine weitere Runde zu einem allgemeineren Themenkreis der Bundesregierung. Diese geänderte Form der Befragung ergab am Mittwoch tatsächlich eine Auflockerung und ein zügigeres „Abwickeln“.
- Karsten Hilse, AfD griff das Tabuthema auf: Verursacher der Sprengungen von NS2. Minister Habeck mauerte jedoch erneut und verwies auf das „Staatswohl“ und die geheimdienstliche Einstufung des Vorfalls.
- Die aktuelle Enthüllungsgeschichte des amerikanischen Journalisten Hersh gießt hier allerdings Öl ins Feuer der Spekulationen über eine amerikanischen Undercover-Terroraktion gegen die Interessen von Deutschlands Bürgern.

Fragestunde mit der parlamentarischen Staatssekretärin im BMEL, Dr. Ophelia Nick

- Sie schlug sich wacker, jedoch schien es, als habe sich fast die gesamte AfD-Fraktion auf das Thema „Insekten und Ungeziefer“ eingeschossen und „grillte“ sie mit Fragen über alles, was wir sonst als Ungeziefer bezeichnen würden, wie etwa Grillen, „Heim-



- chen, Wanderheuschrecken, Getreideschimmelkäfer, Buffalowurm und Mehlwürmer. Wie erfolge die Kennzeichnung für den Verbraucher, was eine Beimischung von Proteinlieferanten wie den Käfern in Fleischersatzprodukten zu suchen habe, wie man sich dann die Massentierhaltung von Insekten vorstelle und damit das Insektensterben gar „beflügele“, und ob Warnhinweise auf Verpackungen geplant wären, wie auf Zigarettenschachteln.

Der einzige Gesetzesantrag am Mittwoch: Dr. Nr. 20/4845 von der AfD: Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

- Der Gesetzesantrag legt den Finger in die Wunde: Es solle zu einem Einbürgerungsrecht, wie zum vor 1991 geltenden Recht zurückgekehrt werden, eine Einbürgerung müsse eine Ermessensentscheidung im Interesse des Gemeinwesens sein und darf vor allem nicht einen automatisierten Anspruch des Antragstellers darstellen. Einer mehr oder weniger feindlichen Übernahme durch demokratie- und staatsferne Menschen, de facto unterstützt durch Beauftragte gegen Rassismus, die damit quasi einen Opferbonus von uns Deutschen einfordern würden, müsse Einhalt geboten werden.
- „Staatsbürgerschaft braucht Identifikation. Deutschland braucht Deutsche“.
- Der Antrag wurde überwiesen an den Innenausschuss.

Donnerstag

Antrag der AfD: Friedensvorschlag für die Ukraine und Russland „Friedensplan mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland“ Dr.-Nr. 20/5551

- Am Donnerstag wurde von der AfD ausgesprochen und gefordert, was die Einheitsparteien tabuisieren und gegen alle Vernunft und Menschlichkeit ablehnen: Der Friedensvorschlag für die Ukraine und Russland.
- Unter Federführung von Alexander Gauland warnt die Partei davor, auf einer schiefen Ebene immer weiter Richtung Atomkrieg zu rutschen, es dürfe keinen Verlierer oder Gewinner geben.
- Matthias Moosdorf, AfD: „Blut soll auch dieses Mal wieder mit Blut abgewaschen werden“. Und er zitierte Bertolt Brecht: „Lasst uns die Warnungen erneuern [...] Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden...“
- Der Antrag erhielt beim Rest des Plenums nur Spott und Verachtung.
- Überweisung erfolgte in den Auswärtigen Ausschuss.

Wahl zum Bundestagsvizepräsidenten sowie zur Mitgliedschaft in Parlamentarischen Kontrollgremien

- Das Marmelietier grüßte erneut, die Ignoranz der sog. Einheitsfront ist grenzenlos: Die beiden AfD-Kandidaten scheiterten in den Wahlen erneut.

Dr.-Nr. 20/5552 der AfD-Fraktion zum Thema Regulierung kleiner und mittlerer Unternehmen

- Hiermit wurde die Bundesregierung aufgefordert, Gesetze und Maßnahmen zu ergreifen, um die Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen durch die überproportionalen Bürokratieranforderungen zu erreichen.
- Enrico Komning, AfD, in seiner Rede: Der Mittelstand wird gegängelt, Hauptsache, der sozialistische Klimaplan wird erfüllt, liebe Genossinnen und Genossen.
- Der Wirtschaftsausschuss berät federführend.

Antrag der CDU/CSU: Dr.-Nr. 20/4888 „Geschäftsbeziehungen im Bankenverkehr auch in Zukunft rechtssicher gestalten“

- Der Antrag erhielt auch in weiten Teilen Zustimmung der AfD.
- Das Bundesverfassungsgericht hatte die Praxis der Banken, allfällige AGB-Änderungen als angenommen zu definieren, wenn ihnen nicht widersprochen wird, als rechtswidrig erklärt. Es solle eine Zustimmungspflicht des Kunden geben. Dass diese Praxis allerdings keinen Vorteil biete und im Gegenteil ein Kunde bei fehlender Zustimmung schnell seine Bankverbindung verlieren könne, ist offensichtlich.
- Der Gesetzgeber wird aufgefordert, diese Problematik zu beseitigen.
- Es erfolgte Überweisung an den Rechtsausschuss.

Freitag

Antrag der AfD: Genehmigung eines Strafverfahren gegen Claudia Roth, MdB

- Der Antrag wurde vom Bundestag abgelehnt

Antrag Nr. 20/5549 der Koalition: „Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende“

- Dieser Antrag soll den Einbau sog. Smart Meter (intelligente Strommessgeräte) schneller voranbringen.
- Marc Bernhard, AfD: Damit werde es in Zukunft aber nicht nur möglich sein, das Stromnutzungsverhalten der Bürger genauestens zu erfassen und evtl. dementsprechend bei hohem Bedarf auch hohe Preise durchzusetzen, nein, die große Gefahr sei, dass der Stromanbieter weiß, wann Sie aufstehen, mit wem Sie in der Wohnung sind, was Sie sich zum Essen kochen, und er kann Ihnen den Strom abstellen, wann es ihm passt. Eine warme Wohnung und ein geladenes E-Auto hänge dann davon ab, dass Ihnen genügend Strom zugeteilt wurde,„Die Kosten für den Verbraucher werden hierdurch nicht gesenkt, sondern werden sogar angehoben. Datenmissbrauch wird Tür und Tor geöffnet. Geben Sie big brother keine Chance!“

Diskussion über: „Algorithmen in digitalen Medien und ihr Einfluss auf die Meinungsbildung“ (20/4453)

- Befürchtet wird, dass durch diese Algorithmen regierungsferne Informationen in den sozialen Medien aufgrund möglicher stärkerer Präsenz, als regierungskonforme Informationen, stärker in den Vordergrund gespült werden.
- Martin Renner, AfD: „Es sind also böse Algorithmen, die Desinformation säen und Ahnungslose falsch beeinflussen“. Es gehe aber dieser Regierung nicht um freie Meinungsbildung, sondern um Erzwingung der eigenen Meinungseinfalt. Der Bericht gehe von falschen Voraussetzungen aus: In einer Demokratie ist nämlich jeder Bürger per se mündig und man muss ihm nicht die richtige Meinung einflößen. Und: Der Bericht gehe von einem wahrheitsministerialen Status der Mainstream-Medien aus, der aber nicht existiere. Eine Einflußnahme und Filterung von Informationen dürfe weder analog, noch digital stattfinden.
- Der Bericht wurde an die Ausschüsse überwiesen.

Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD zum Thema: „Anschläge auf deutsche und europäische Infrastruktur“

- Der Antrag erfolgte unter Verweis auf einen Bericht des US-Journalisten Seymour Hersh.
- Tino Chrupalla, AfD-Fraktionsvorsitzender: „Kann die Bundesregierung mit Sicherheit ausschließen, dass unsere Verbündeten nicht beteiligt sind an der Zerstörung der NS-Pipelines? Unterstützen Sie uns bei der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses...Können die deutschen Bürger denn überhaupt sicher sein, dass nicht auch andere Kritische Infrastruktur (Wasser, Strom und Kommunikationsnetze) in Gefahr ist? Die Bundesregierung muss endlich Aufklärung liefern. Innenministerin Fäber, die für dieses Thema zuständig ist, glänzt heute durch Abwesenheit....Eigene Interessen Deutschlands müssen klar formuliert werden, denn nicht die ganze Welt ist unser Freund.“



10. Februar 23

Mein Wochenrückblick aus dem Bundestag

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag ein Novum erlebt, das uns alle mit Sorge erfüllen muss. Eine Friedensinitiative für den Ukraine-Krieg wurde von den anderen Fraktionen im Bundestag regelrecht niedergeschrien. Statt inhaltlicher Auseinandersetzung arbeitete man sich daran ab, dass der Antrag von der AfD kam. Wobei einzelne Beiträge in ihrer geradezu hysterischen Kriegstreiberei sogar noch über das ohnehin übliche Maß an haltlosen Unterstellungen und Beleidigungen hinausgingen. Wo sind wir hingekommen, wenn Menschen, die sich für den Frieden einsetzen im Deutschen Bundestag beschimpft und als Rechtsextreme abgekanzelt werden? Weder ich persönlich, noch die AfD als Ganzes werden sich davon einschüchtern lassen. Wir werden

weiter gegen Kriegshetze und eine verantwortungslose Außenpolitik aufstehen und mit aller Entschlossenheit auf eine Friedenslösung im Krieg zwischen der Ukraine und Russland hinarbeiten.

Wer gute Nerven und einen starken Magen hat, kann die einzelnen Debattenbeiträge hier anschauen:

<https://www.bundestag.de/mediathek/plenarsitzungen?videoid=7550839#url=L21IZGIhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTU-wODM5&mod=mediathek>

Weitere Themen in meinem Bericht aus Berlin für die vergangene Woche:

- Enthüllungsbericht zu den Anschlägen auf die Nord Stream Pipelines
- Unser Antrag zum teilweisen Verbot der Gain-of-Function-Forschung
- Ungeziefer im Essen





Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK (KW 07 & 08/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 07 & 08/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

EIN SATELLIT AUS DER BERLINER REGIERUNGSLAUFBAHN AUF ZWISCHENLANDUNG IN SAALFELD



22. Februar 23

Ostbeauftragter der Regierung in Saalfeld

Am Montag fand in Saalfeld eine von der SPD organisierte Podiumsdiskussion mit dem Ostbeauftragten der Bundesregierung Carsten Schneider (SPD) statt.

Herr Spanier von der OTZ moderierte, sein Kollege Berg berichtete heute in der OTZ.

Ich schreibe dazu einige Ergänzungen:

Auf die berechtigte Frage, wozu es denn 33 Jahre nach der Wende noch eines Ostbeauftragten bedürfe, äußerte der SPD-Ostbeauftragte sinngemäß, die CDU wolle das doch auch. Die ehrliche Antwort wäre wohl, der Ostbeauftragte soll die Ostdeutschen in der Illusion wiegen, dass sich in Berlin jemand um sie kümmere. Interessante Details aus dem Labyrinth der Kommunalpolitik warf der Rudolstädter Bürgermeister in die Runde.

Was nützt eine Beteiligung von Kommunen an Windkraftanlagen, wenn diese im Haushalt versickern und nicht den Betroffenen zugutekommen? Wie sollen Kommunen planen, wenn sie – wie offenbar im Fall Rudolstadt – bis heute nicht wissen, ob sie in den Genuss der Strompreisbremse kommen oder nicht? Wer soll in ein Glasfasernetze investieren, wenn anschließend ein Konkurrent an gleicher Stelle eine zusätzliche Leitung legen kann (Stichwort: diskriminierungsfreier Netzzugang)?

Die Antworten von Herrn Schneider dazu waren dürftig, um es vornehm auszudrücken.

Meine Fragen und die Antworten von Herrn Schneider werden in der OTZ sehr verkürzt dargestellt. Ich wies darauf hin, dass viele Menschen in der Region auf das Auto angewiesen sind und ihnen z.B. das von der Bundesregierung geplante 49-Euro-Ticket für öffentliche Verkehrsmittel mangels Busverbindung nichts nützt. Viele haben den Eindruck, dass die Bundesregierung generell der individuellen Mobilität ablehnend gegenübersteht. Was sagt Herr Schneider diesen Bürgern? Auf diese Frage gab der Ostbeauftragte keine Antwort. Der zweite Teil meiner Frage bezog sich auf die Kraftstoffpreise in Mitteldeutschland. Meine Recherchen vermitteln den Eindruck, dass seit dem Öl- und Dieselembargo gegen Russland insbesondere die Dieselpreise in Mitteldeutschland tendenziell gegenüber anderen Regionen gestiegen sind. Ich führte das auf die mangelnde Belieferung der Raffinerie in Schwedt zurück. Herr Schneider darauf sinngemäß: Die Gaslieferung hat doch Russland eingestellt. Aha, das war gar nicht meine Frage. Abgesehen davon kann man sich über diese Sichtweise streiten. Carsten Schneider saß doch am selben Tag auf dem Podium der Pressekonferenz „Task Force Schwedt“ in Brandenburg – ohne etwas zu sagen. Dort wurde besprochen, dass die Erdölraffinerie, die bisher einen großen Teil Mitteldeutschlands versorgt hat, auf Monate hinaus nur mit einem Bruchteil ihrer Kapazität arbeiten kann. Das Öl fehlt. Die Notpipeline nach Rostock, gebaut 1963, ist frühestens in zwei Jahren wieder voll einsatzfähig. Polen importiert übrigens weiter 10 Prozent seines Erdölbedarfs aus Russland.

Es blieb der Eindruck:

Von einem Ostbeauftragten kann man salbungsvolle Worte bekommen.

Konkrete Fragen nach konkreten Lösungen werden jedoch gar nicht oder ausweichend beantwortet.





22. Februar 23

Politischer Aschermittwoch

Hier wird Klartext geredet.

Aschermittwoch der AfD Thüringen und Sachsen-Anhalt in Gotha.



24. Februar 23

„Das war nur ein Einzelfall!“

Der Einzelfallticker - registriert täglich neue „Einzelfälle“. Abrufbar nach Region. Zu finden unter der Website: www.einzelfallticker.de

KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



15.. Februar 23

EU-Verbrenner-Verbot richtet sich gegen deutsche Industrie und die Mobilität der Bürger

Die EU hat in dieser Woche beschlossen, dass ab 2035 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr neu zugelassen werden dürfen.

Das ist nichts weniger als ein weiterer Angriff auf die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Bürger sowie die Vernichtung sehr vieler Arbeitsplätze in die Automobilindustrie.

Mit der AfD wird es ein solches Verbot nicht geben.

Auch wenn 2035 noch weit weg scheint, wir müssen uns JETZT dagegen zur Wehr setzen.

Laut einer Umfrage von Civey sind knapp

66 % mit dieser Entscheidung in Deutschland nicht einverstanden .



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



15. Februar 23

Faeser fordert „Weiter so!“: Keine Obergrenze für Ukraine-Flüchtlinge

Fatales Signal und Zeichen für Realitätsverlust.

Heute konnten wir aus der Presse erfahren, dass Innenministerin Faeser es ablehnt, eine Obergrenze für Flüchtlinge aus der Ukraine zu benennen (<https://www.welt.de/.../Nancy-Faeser-Innenministerin...>).

Frau Faeser scheint entgangen zu sein, dass wir schon jetzt den Ansturm von echten und vorgeblichen Flüchtlingen aus aller Herren Länder nicht mehr bewältigen können. Überall mangelt es vor allem an Wohnraum.

Zuletzt machte der Landkreis Lörrach Schlagzeilen, weil dort nun langjährige Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben

werden, um Flüchtlinge unterzubringen. Nun könnte man sagen, wie bestellt, so geliefert, haben die Grünen im Landkreis Lörrach bei der letzten Landtagswahl doch über 35 Prozent der Stimmen errungen. Doch Lörrach ist überall. Die Städte und Landkreise schicken einen Brandbrief nach dem anderen nach Berlin, weil aller Orten die Kapazitäten erschöpft sind und zudem die dringend benötigte Hilfe des Bundes ausbleibt.

In diese Situation hinein ruft Frau Faeser einmal mehr laut in die Welt hinaus: „Kommt alle her. Wir schaffen das.“ Nein, gar nichts schaffen wir. Die Zuwanderungs- und Flüchtlingsproblematik steuert auf eine nationale Katastrophe zu. Und alles, was der Regierung dazu einfällt, ist, noch Brandbeschleuniger zu verteilen.

Bereits am 19. Oktober 2022 hatte ich das Bundesinnenministerium gefragt, ob man in irgendeiner Form ermittelt habe, wann Deutschlands Aufnahmekapazität erschöpft sei. Die Antwort lautete lapidar, „die Bundesregierung hat keine Analysen oder Studien im Sinne Ihrer Fragestellung in Auftrag gegeben“. Es ist eine Binsenweisheit, dass jedes System eine Belastungsgrenze hat und man tut gut daran, diese zu kennen und im Auge zu behalten. Dass eine Regierung die Belastungsgrenzen ihres Landes nicht kennt, ja offenbar nicht einmal kennen will, ist nicht nur dumm und verhängnisvoll, es ist ein Akt bewusster Realitätsverweigerung und der vorsätzlichen Sabotage unseres Landes.

Menschen, die durch Krieg und Vertreibung in Not geraten sind, muss geholfen werden, gar keine Frage. Aber das muss und kann nicht zwangsläufig auf deutschem Boden geschehen. Die Belastungsgrenze, die die Bundesregierung nicht vorausschauend kennen und ermitteln wollte, ist nun durch die Macht des Faktischen deutlich geworden. Deutschland hat mehr getan als alle anderen. Deutschland kann nicht mehr. Höchste Zeit diesem selbstzerstörerischen Wahnsinn einen Riegel vorzuschieben.



26. Februar 23

In stillem Gedenken

Ändern Sie nicht Ihre Meinung! Ändern Sie die Politik!
Dafür lebte Corinna Miazga .

Mein herzliches Beileid an die Hinterbliebenen.



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 09/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 09/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

PRESSEMITTEILUNGEN



01. März 23

Die „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ hat wenig Substanz

Berlin, 1. März 2023. Zur Debatte um die „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ der Bundesregierung teilt der forschungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Michael Kaufmann, mit:

„Die wichtigste Aussage dieses Strategiepapiers findet sich gleich am Anfang und wird im weiteren Verlauf dutzendfach wiederholt: Bildung, Forschung und Innovation sind die Lösung für die Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Doch

wer nun ein flammendes Plädoyer für einen forschungspolitischen Aufbruch, einen leidenschaftlichen Appell zur Entfesselung aller Kräfte, und vor allem eine klare, erfolversprechende Strategie erwartet hatte, wurde schwer enttäuscht. Dabei hätte unser Land diese Strategie so bitter nötig.

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor den größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Viele davon werden wir nur bewältigen können, wenn der Forschergeist, der unser Land einmal geprägt hatte, neu entfacht wird. Stattdessen lesen wir in diesem Strategiepapier sehr viel Rücksichtnahme auf den grünen Koalitionspartner, aber wenig Konkretes, das den Forschungsstandort Deutschland wirklich voranbringen würde.

Hinzu kommt, dass alle diese Pläne ausdrücklich unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Die Bundesregierung kennt also die Lösung vieler unserer derzeitigen Probleme, sagt aber gleichzeitig, sie wisse noch nicht, ob sie das überhaupt bezahlen wolle. Das ist keine seriöse Forschungspolitik und stellt die Prioritäten auf den Kopf. Erkennbar will man mit diesem Strategiepapier keinem Koalitionspartner weh tun. Umso wichtiger ist es, dass die AfD-Fraktion sich im Bundestag weiter dafür einsetzt, dass Forschung und Innovation wieder den Stellenwert bekommen, der ihnen angesichts der großen Bedeutung für die Zukunft unseres Landes zukommt.“





04. März 23

Bundesbericht Forschung ignoriert wichtige Industriezweige

Berlin, 4. März 2023. Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag hat einen Bericht über „Mögliche gesundheitliche Auswirkungen verschiedener Frequenzbereiche elektromagnetischer Felder (HF-EMF)“ vorgelegt (Bundestagsdrucksache 20/5646).

Der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Michael Kaufmann, teilt dazu mit: „Während die Strahlenschutzkommission, das Bundesamt für Strahlenschutz und auch die WHO Entwarnung hinsichtlich

möglicher gesundheitlicher Gefahren geben, die durch die hochfrequenten elektromagnetischen Felder des Mobilfunks entstehen könnten, wird diese scheinbare Sicherheit durch den jetzt vorliegenden umfangreichen Arbeitsbericht des Büros für Technikfolgenabschätzung massiv erschüttert.

Seine Kernaussage lässt sich mit dem Ausspruch des Sokrates ‚Ich weiß, dass ich nichts weiß‘ zusammenfassen. Es fehlen ausreichende Studien, besonders zur Langzeitwirkung. Bei zwei großangelegten Tierstudien, die Tumorbildungen bei den bestrahlten Ratten feststellten, bleibt unklar, inwieweit sich diese Ergebnisse auf den Menschen übertragen lassen.

Deshalb ist es dringend geboten, weitere Forschung in Auftrag zu geben. Auch sollten Möglichkeiten zur Verringerung der Strahlenbelastung ausgeschöpft, die vorgegebenen Grenzwerte überprüft und die Bevölkerung für die Problematik sensibilisiert werden. Sonst könnte das Vertrauen in das Gesundheitsmanagement des Staates, das schon durch Corona arg erschüttert wurde, weiteren Schaden nehmen.“

BUNDESTAG



01. März 23

Ihre AfD-Abgeordneten im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und technikfolgenabschätzung

Diskutiert wird u.a. das „Gutachten zu Forschung und Innovation...“ (EFI), das mit Kritik an der Bundespolitik nicht spart.



01. März 23

Meine Rede zur „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“

Die „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ der Ampelregierung: Viele Worte, aber zu wenig Substanz. Sehen Sie sich meine ganze Rede unter folgendem Link an:

<https://www.facebook.com/watch/?v=140825365564744>



PARLAMENARISCHE SITZUNGSWOCH

Mittwoch

Befragung der Bundesregierung mit Finanzminister Lindner und Bauministerin Geywitz

- Frau Geywitz wurde von der AfD angesichts der Millionen Menschen, die in unser Land drängen, in die Mangel genommen: Mit der Flut werden die Virus-, Kriegs-, oder Energiekrise-Ängste der Menschen, die hier schon länger leben, durch die Angst, bald Wohnung oder Immobiliennutzungsrechte zu verlieren, abgelöst.
- Auf die Fragen, ob sie denn selbst Ihr Potsdamer Anwesen schon für Afghanen geöffnet hätte, ob nach dem erfolgten Zensus zukünftig Behörden leicht auf zu große oder leerstehende Wohnungen Zugriff bekämen, wie Sie die Ausquartierung von Mietern, wie in Lörrach geschehen beurteile, antwortete sie nicht oder ausweichend.
- Schließlich verriet sie jedoch, dass allein in Deutschland 1,7 Mio. Wohnung leer stünden und die BuReg die Rahmenbedingungen schaffen will, dass mehr und schneller gewohnt oder bewohnt werden kann.

Fragestunde: Ressort Jugend, Familie, Senioren und Frauen, mit dem Parl. Staatssekretär Sven Lehmann

- Lehmann, gleichzeitig Queer-Beauftragter der Bundesregierung, gab während der Fragestunde fast nur Plattitüden (Zitat Stephan Brandner, AfD) von sich.
- Fragen von Stephan Brandner und Tobias Peterka zum Thema: Gab es statistische Erhebungen? Von welcher Anzahl dieser Minderheit sei in der Bevölkerung auszugehen? Wie konnte die BRD ca. 70 Jahre ohne einen solchen auskommen? Mit welchen Vertretern der islamischen Religionsgemeinschaften werde verhandelt?
- Herr Lehmann antwortete diffus: 1. Die Bundesregierung hat anscheinend keine eigenen Bedarfsanalysen für einen solchen Queer-Beauftragten unter Einsatz von Steuergeldern nötig. 2. Es werde mit bis zu 12% queeren Menschen in Deutschland „gerechnet“. Auch beim Thema „Kinder mit zwei Müttern“ kam Herr Lehmann mächtig ins Schlingern. „Gibt es Studien, wie sich Kinder entwickeln, deren beide Mütter zu Transmännern werden, also wo aus Müttern Väter werden?“, fragte Stephan Brandner.
- Beim Projekt „Demokratie leben!“, das 2022 mit 165 Mio. € dotiert war, wollte Stephan Brandner wissen, was „Fußball für alle!“, „Empfehlungen für ein vielfältiges Stadion, Wünsche, Barrieren und Bedarfe queerer Fans“ oder „Vegan und muslimisch? Ein Beitrag zur Inspiration für Muslim:innen und muslimisch gelesene Menschen“ mit „Demokratie leben“ zu tun hätten. Lehmann antwortete: Herr Abgeordneter, ich kann an den Projekten, die Sie hier gerade aufgezählt haben, nichts Schlechtes erkennen.
- Fazit: Die elitäre Regierungskaste im Politelfenturm hat sich auf abgehobene Themen kapriziert, während den Menschen auf der Straße bei galoppierender und hausgemachter Inflation das Geld im Gelbeutel dahinschmilzt, wie Eis in der Sonne.

Diskussion des Bundestags über den Bericht der Bundesregierung „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ (20/5710)

- Zunächst zitierte Ministerin Stark-Watzinger in ihrer Rede Bill Gates. Dann pries sie die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland an, erklärte das „Silodenken“ in Deutschland für bedenklich, weshalb es kleine Missionsteams geben werde, welche unter anderem „Kurs“ halten werden (womit wohl staatliche Lenkung gemeint ist). Sie streifte die Arbeitsfelder erneuerbare Energien, ergänzt um Fusion, neue Züchtungsmethoden, nachhaltige Landwirtschaft, E-Mobilität sowie Einsatz von E-Fuels. Mit dem Transfer tue man sich in Deutschland schwer, sie erklärte, dass DATI, zunächst eigentlich als Regional-Cluster konzipiert, nun doch sog. Innovations-Communities bilde, welche überregionale Vernetzung vorsehe. Ein endgültiges Konzept erfolge wohl noch im ersten Hj. 2023.
- Prof. Michael Kaufmann kritisierte in seiner Rede, dass es der Bundesregierung an einer klaren Strategie mangle, und diese durch vage Absichtserklärungen und Allgemeinplätze ersetzt werde. „Quotenabbildung, Migrationshintergrund, Geschlecht und Vielfalt stehen im Vordergrund, während der deutsche Nachwuchs in den MINT-Fächern immer weiter abrutscht. Waffen für die Ukraine haben Vorrang vor der Sicherung unserer Zukunft!“
- Der Bericht wurde schließlich an den Ausschuss BFT überwiesen.

Antrag Nr. 20/4311 der CDU/CSU: „Konsequente Reaktion des Rechtsstaats auf den russischen Angriffskrieg ermöglichen – Sondertribunal einrichten“

- Der Antrag wurde mit den Stimmen aller Fraktionen zurückgewiesen. Man kann davon ausgehen, dass die Koa sich mit einem solchen Aufruf vor den Vereinten Nationen mangels Zustimmung lächerlich machen würde.

AfD-Antrag: „Bundeslagebild zur Kriminalität in Bahnhöfen und Zügen“ (20/5808)

- Mit ihren Forderungen will die AfD mehr Klarheit über Täterherkunft bzw. Aufenthaltsstatus.
- Der Antrag wurde nach Debatte an den Ausschuss für Inneres überwiesen.



Das Plenum begann am Donnerstag mit einer Gedenkansprache der Präsidentin und einer Schweigeminute zum Tode der AfD-Abgeordneten und Stellv. Fraktionsvorsitzenden Corinna Miazga.

- Der Schock sitzt tief, denn diese langjährige AfD-Mitstreiterin und lebensfrohe sowie engagierte junge Frau war nach langem Leiden am 25. Februar viel zu früh aus dem Leben geschieden.

Kurze Regierungserklärung von Kanzler Scholz zum Thema „Zeitenwende“

- Hierbei sagte Scholz der Ukraine weitere Waffenlieferungen zu. Das Blutvergießen hat also kein Ende, und er bekräftigte das 2%-Ziel vom BIP für den Wehretat. Außerdem sollen Waffen aus dem Bestand der Bundeswehr ersetzt werden, die bereits in die Ukraine *verschenkt* wurden.
- Tino Chrupalla, AfD, traf den Nagel auf den Kopf: Die USA stand in den letzten Jahren mehrfach vor dem Bankrott. Nun finanziert Deutschland nicht nur den amerikanischen Lend-Lease-Act (eigentlich sollten Waffen per Leasing an die Ukraine geliefert werden, aber da die Ukraine kein Geld hat, bezahlt sie diese mithilfe der deutschen Finanztransfers), sondern Deutschland befeuert damit auch noch den Krieg auf dem eigenen Kontinent.

Antrag der CDU/CSU Nr. 20/3933

- Die CDU/CSU hatte wohl den Einfall, alle AfD-Forderungen einfach per Copy-paste als eigene Ideen zu deklarieren: Sie forderte unter anderem Maßnahmen zur Reduzierung der illegalen Migration und zur Verbesserung bei der Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer.
- Bernd Baumann, AfD, stellte in seiner Rede klar: Vor der Wahl blinkt die CDU immer rechts, um die Wähler zu blenden. Denn das gesamte aktuelle Asylchaos haben wir ja niemand anderem zu verdanken, als 16 Jahre CDU-Regierung. Öl ins Wasser gießen, anstatt die Pull-Effekte endlich abzustellen, war die Reise in der vergangenen Woche von Minister Hubertus Heil und Svenja Schulze nach Ghana, wo sie unter Missbrauch deutscher Steuergelder und unter Berücksichtigung des UN-Migrationspaktes mit lokalen Politikern neue Vereinbarungen trafen, um Migration nach Deutschland zu erleichtern, wie immer unter dem Motto: Die demografische Katastrophe in Deutschland muss verhindert werden.
- Man fragt sich, wieviele Jahrzehnte und wieviele Millionen Zuwanderer Deutschland noch braucht, wo ist ein Ende?
- Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag der CDU Nr. 20/5808 „Gesundheit – Forschungsstandort Deutschland stärken – Bessere Rahmenbedingungen für Datennutzung und Künstliche Intelligenz schaffen“

- Hier glänzte die CDU mit mit vordergründig guten Argumenten für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Forschung.
- Allerdings enttarnte Nicole Höchst, AfD, die Risiken und Nebenwirkungen: „Wer hat die Hoheit über die Daten, wo werden sie gelagert und mit wem wird zusammengearbeitet?“ In einer Welt, in der Oligarchen wie Bill&Melinda Gates quasi die WHO gehört, muss der Bürger misstrauisch sein und Herr über seine Daten bleiben. „Lassen wir uns nicht zu Handlangern von weltumspannenden Netzwerken der Reichen und Mächtigen, der Wirtschaft und der Pharmaindustrie machen!“
- Es erfolgte Überweisung an den Ausschuss BFT.

Antrag der Linken: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bildung, Dr.-Nr. 20/5821

- Auch zu diesem Antrag sprach Nicole Höchst: Der Linken-Antrag ist nicht nur populistisch, nein, er wiederholt auch Forderungen der AfD, die zuvor immer abgelehnt wurden. Es geht den Linken um sozialistische Zentralisierung und Abschaffung des Föderalprinzips. Bundesländer mit grün-linker Regierung oder Regierungsbeteiligung stürzen im Bildungsranking ab, das beste Beispiel ist Baden-Württemberg.
- Der Antrag liegt nun beim Haushaltsausschuss.

Antrag der AfD Nr. 20/5811.

- Mit diesem Antrag will die AfD den gesetzlichen Mindestlohn aufwerten.
- Sie fordert, Zulagen und Sonderzahlungen nicht anzurechnen, die Bundesregierung soll hier gesetzgeberisch endlich für Klarstellung sorgen.
- Der Antrag wurde an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.



Antrag der AfD Nr. 20/5812

- Am Freitag folgte eine Lehrstunde der AfD über die Wahrnehmung der Parlamentarischen Volksvertretung, wie es der Bürger wünscht: So strebt sie mit ihrem Antrag eine „Begründete Stellungnahme gemäß Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon“ an. D.h., sie sieht im konkreten Fall eine Verletzung der EU gegen das Subsidiaritätsprinzip der Mitgliedstaaten:
- Die EU fordert für die Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren die EURO 7-Norm, und das schon ab 2025.
- Der Antrag wird im Verkehrsausschuss beraten.

Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD-Fraktion zum Thema „Verdrängung Einheimischer auf dem Wohnungsmarkt“

- Anlass waren die skandalösen Vorgänge eines kommunalen Wohnungsbauunternehmens gegen Mieter in Lörrach und Kündigungen in einem Seniorenheim in Berlin-Wedding zugunsten der Unterbringung von Flüchtlingen.
- Hier waren sich alle realitätsfernen Block-Fraktionen wieder einig, dass es der AfD nur um populistische Stimmungsmache ginge.
- Sebastian Münzenmaier, AfD, in seiner Rede wörtlich: „Ihre Politik behandelt Einheimische wie Dreck, und das ist eine Sauerei. Für uns stehen die Deutschen im Mittelpunkt unserer Politik, Deutschland hat Eigenbedarf! Wir müssen den Austausch dieser Bevölkerung beenden, es wird Zeit, dass wir diese Regierung austauschen, meine Damen und Herren!“



03. März 23

Mein Wochenrückblick aus dem Bundestag

Die parlamentarische Woche in Berlin hat wieder für Aufregung gesorgt. Kanzler Scholz gab eine Regierungserklärung zu einem Jahr „Zeitenwende“ ab.

Wer nun dachte, es würde darin um die Zukunft Deutschlands gehen, sah sich getäuscht. Ukraine, Ukraine und dann noch, ja genau, Ukraine. Böse Zungen sprechen im Zusammenhang mit Berlin schon von Neu-Kiew.

Wer erinnert diesen Kanzler aller Deutschen endlich daran, dass er in erster Linie Politik für das deutsche Volk zu machen hat und nicht für die USA oder die Ukraine?

Weitere Themen in diesem Video:

Habecks verrückte Pläne Öl- und Gasheizungen zu verbieten. Rügen will sich seine Naturschätze nicht durch LNG-Terminals zerstören lassen. Sehen Sie sich das Video in voller Länge unter folgendem Link an: <https://www.facebook.com/watch/?v=165684565867313>



04. März 23

Kaufmann aktuell mit Veranstaltungshinweisen

Laut offiziellen Meldungen lag die Inflationsrate in Deutschland bisher nun doch niemals über 10 Prozent.

Der Trick dabei: Der Warenkorb zur Berechnung der Inflationsrate wurde zwischenzeitlich angepasst und ausgerechnet die Energie wurde dabei geringer gewichtet.

Ein Schelm wer Böses dabei denkt.

Aber wie sieht es im echten Leben aus?

Nicht nur Energie, sondern vor allem auch Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs sind exorbitant teurer geworden. Das trifft Menschen mit eher geringem Einkommen besonders hart. Einige anschauliche Beispiele zeige ich Ihnen in diesem Video.

Außerdem die Termine der kommenden Woche, bei denen Sie mich persönlich treffen können. Schauen Sie sich mein Video in voller Länge unter folgendem Link an: <https://www.facebook.com/watch/?v=1278420003071671>

VERMISCHTES



27. Februar 23

Ihre Thüringer AfD-Bundestagsabgeordneten zu Besuch auf der Thüringen Ausstellung

Heute besuchen die Thüringer AfD-Bundestagsabgeordneten die Thüringen Ausstellung.

Nach zwei Jahren eingeschränkten Betriebs sind die Hallen wieder voll.

Die Messe richtet sich an Konsumenten. Eine breite Palette von Firmen aus Thüringen und aus anderen Landesteilen stellt ihre Produkte vor.

Die Ausstellung hat noch bis zum 5. März 2023 geöffnet.



28. Februar 23

Auf der Montagsdemo in Kahla

Am Montag Abend war ich wieder im Wahlkreis unterwegs: Bei der Montagsdemo in Kahla, mit einem Grußwort von mir. Vielen Dank an die Bürger, die jeden Montag für den Frieden auf die Straße gehen.



04. März 23

Gratulation an den neu gewählten Vorstand

Der neue Vorstand des AfD-Gebietsverbandes im Saale-Orla-Kreis in Thüringen ist gewählt.

Alles Gute und viel Erfolg!



04. März 23

Zu Gast im Winterlager der 8th North Carolina Infantry

Zu Gast im Winterlager der 8th North Carolina Infantry, Oelsen, Saale-Orla-Kreis, Thüringen.



KOMMENDE TERMINE:

BÜRGERDIALOG VOR ORT

REFERENTEN: Nicole Höchst, MdB, Kirchenpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagfraktion
Prof. Dr. Michael Kaufmann, MdB, Forschungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagfraktion
sowie Denny Jankowski, MdB, Bildungspolitischer Sprecher der AfD-Landesfraktion Thüringen



MÄRZ
9

UHLSTÄDT-KIRCHHASEL
Burg Weißenburg • Weißen 3
BEGINN: 19⁰⁰ Uhr

AfD

NICOLE HÖCHST, MdB | PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB | DENNY JANKOWSKI, MdB

Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



KAHLA
Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 03671 5 23 23 48
Di.: 13 - 17 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

NEUSTADT / ORLA
Puschkinplatz 6
Tel.: 036481 84 69 64
Di.: 13 - 17 Uhr / Do.: 13 - 17 Uhr
michael.kaufmann.wk02@bundestag.de

SAALFELD
Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mo: 14 - 18 Uhr / Mi.: 12 - 16 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



 www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

 [@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)  [@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)
 [@KaufmannAfD](https://www.instagram.com/KaufmannAfD)  t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

